

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1947-1949 1947

71 (12.9.1947)

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

F B S

2. Jahr Nr. 71 / 20 Pfg.

ORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI

Freitag, 12. September 1947

Amerikanisches Heeresgut von Karlsruhe nach Griechenland verschifft

Frankfurt. (Südena.) Rund 1400 Tonnen des von der griechischen Regierung angekauften amerikanischen Heeresgutes im Gesamtgewicht von 1850 Tonnen sind bisher von dem amerikanischen Depot von Karlsruhe nach Antwerpen und Rotterdam zum Weitertransport nach Griechenland verschifft worden.

Athen. (Südena.) Die amerikanische Militärmission hat mitgeteilt, daß sie ab 1. September die ernährungsmäßige Versorgung der griechischen Armee übernimmt. Die hierfür vorgesehenen Ausgaben belaufen sich auf 102.000 Dollar täglich für eine Tagesration von 3700 Kalorien pro Kopf. Die griechische Armee besteht aus 196.000 Mann.

Die demokratische Volksarmee

Athen. (Südena.-APP.) Der Rundfunk der demokratischen Volksarmee erklärte zur Bildung der neuen griechischen Regierung, diese sei „das Werk der Vereinigten Staaten“ und habe nur ein Ziel, „das Volk der Oligarchie und den fremden Ausbeutern zu unterwerfen.“

Der Sender gibt weiter die Bedingungen bekannt, unter denen Verhandlungen mit Athen möglich wären. Die enthalten 1. Sofortiger Waffenstillstand, 2. ausnahmslose, allgemeingültige Amnestie und sofortige Freilassung aller in den

Streik in Großbritannien

London. Trotz der Bemühungen der britischen Bergarbeitergewerkschaft breitet sich der Streik in Yorkshire weiter aus. Im ganzen sind jetzt dreißig Gruben von dem Streik betroffen. Der Streik hat bis jetzt annähernd eine halbe Million Tonnen Kohle gekostet. Die Gasversorgung in der dem betroffenen Gebiet liegenden Industrie mußte um 45 Prozent gekürzt werden. Die britische Regierung lehnte am Dienstag die Erstattung eines Berichtes über die wirtschaftliche Lage vor dem Oberhaus mit der Begründung ab, daß es nicht der Verfassung entspreche, eine Erklärung vor dem Oberhaus abzugeben, während das Unterhaus nicht tage.

Landarbeiter-Streik

Mailand. In ganz Norditalien sind schätzungsweise 1 Million Landarbeiter in Streik getreten, um bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen zu erzwingen. Am 20. September sollen im ganzen Lande Massendemonstrationen gegen die Regierung de Gaspari durchgeführt, an denen Kommunisten und Sozialisten gemeinsam teilnehmen werden. Togliatti erklärte in einer Kundgebung in Modena die Kommunisten forderten das italienische Volk auf, für seine Freiheit zu kämpfen.

Nenni gegen de Gasperi

Rom. Pietro Nenni, italienischer Linksozialist, brachte einen Mißtrauensantrag gegen das Koalitions-Kabinet de Gasperi ein. Die Regierung zerstöre die Wiederaufbaukräfte und sei nicht in der Lage, die Ordnung im Lande wiederherzustellen.

Ernstere Lage in Frankreich

Paris. Der Wirtschafts- und Finanzplan, den die französische Regierung dem Ansteigen der Preise und der Inflationsgefahr entgegensetzen will, erläuterte Finanzminister Schumann in einer Rundfunkansprache. Er versuchte dabei nicht, den Ernst der Lage zu verheimlichen. Zweifellos könne das Ergebnis ohne ausländische Hilfe nicht erreicht werden, aber wir wollen diese Hilfe nur dann erbitten, wenn wir selbst alle unsere eigenen Bemühungen erschöpft haben. Die erste Folge der finanziellen Schwierigkeiten ist die Einstellung der Käufe in Dollars, sowie eine Sofortmaßnahme in bezug auf den Treibstoffverbrauch. Wagen mit mehr als 15 PS dürfen nicht mehr verkehren.

Britischer Gewerkschaftskongreß lehnt Sanktionen gegen Spanien ab

London. Der Kongreß der britischen Gewerkschaften tritt in seiner Mehrheit für die Politik der Labourregierung ein. Von außerordentlicher politischer Bedeutung war die Ablehnung einer Resolution, welche wirtschaftliche Sanktionen gegen Franco-Spanien und Anerkennung der Exil-Regierung verlangte. Dasselbe Schicksal erlitt ein Antrag die Wirtschaftsbeziehung zu allen europäischen demokratischen Ländern, insbesondere

Gefängnissen festgehaltenen Demokraten und Widerstandskämpfer, 3. sofortige Rückführung aller Deportierten und der durch die monarchistische Armee zu Tausenden vertriebenen Menschen in ihre Heimat, 4. Wiederherstellung der Pressefreiheit und aller anderen demokratischen Freiheiten.

Amerikaner bleiben im Mittelmeer

Rom. (Südena.) Eine Erklärung des Kommandanten der amerikanischen Mittelmeerflotte, derzufolge die amerikanischen Seestreitkräfte dieses Meer nicht verlassen würden, auch nicht nach Unterzeichnung des Friedensvertrags mit Deutschland, rief in Italien heftige Erregung hervor. „Diese schwerwiegenden Erklärungen“, so schreibt „Avanti“, verlangen ein Dementi oder eine Klarstellung. Die kommunistische „Unita“ bestätigt ihrerseits, daß „diese alarmierenden Er-

Erklärungen Wyschinskis

London. Die Sowjetunion beabsichtigt nicht ihre Haltung gegenüber dem Marshall-Plan zu ändern, erklärte hier der stellvertretende Außenminister Wyschinski auf seiner Durchreise zur Vollversammlung der UN.

Zu der kürzlich beendeten Konferenz in Petropolis, auf der der interamerikanische Verteidigungspakt abgeschlossen wurde, erklärte Wyschinski, wenn jemand von Verteidigung spreche, sei es von Interesse, gegen wen er sich verteidige. Das sei nicht klar gestellt und daher könne man verschieden darüber denken.

An den „sowjetischen Bräuten“ britischer Staatsangehöriger sei er sehr wenig interessiert, sagte Wyschinski. Wesentlich mehr interessierten ihn die 150.000 Sowjetbürger in der britischen Besatzungszone Deutschlands, die noch nicht entlassen worden seien.

Marshall-Plan in Japan

Paris. (Südena.) Radio Moskau erklärte, daß die amerikanische Kontrolle über Japan zum Hunger geführt habe, zum wirtschaftlichen Chaos und der immer offeneren Wiedereinstel-

klärungen ein Anzeichen für den augenblicklichen Stand des USA-Imperialismus sind.“

Kurzfristige Amerika-Kredite eingestellt

Washington. (Südena.) Der stellvertretende Präsident der internationalen Bank, Carner, erklärte: „Die internationale Bank hat die Ausgabe von kurzfristigen Krediten für Wiederaufbauzwecke eingestellt und wird keine Kredite für den Einkauf von Lebensmitteln mehr gewähren.“

Damit schwindet anscheinend jede Möglichkeit einer Verwendung des Bankfonds zur Unterstützung der europäischen Wirtschaft bis zum Inkrafttreten des Marshall-Planes. Bekanntlich bezeichnete im Gegensatz dazu Unterstaatssekretär Lovett auf einer Pressekonferenz in der vergangenen Woche die internationale Bank als ein Hilfsinstrument für Europa bis zur Anwendung des Marshall-Planes.

lung der Reaktion, denn General Mac Arthur bemühe sich, das Land entsprechend der Wall-Street-Politik „neu zu erziehen“. Die Truman-Doktrin fordere die amerikanische Vorherrschaft in Europa und dem Orient, und ihr letzter Ableger, der Marshallplan, habe auch im Pazifik seine Auswirkungen gezeigt. Das zeige sich vor allem bei der Durchführung des angeblichen Programms für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Japans.

Delhi in Flammen

Delhi. Nach einem der bis jetzt heftigsten Zusammenstöße zwischen Moslems, Hindus und Sikhs in Alt- und Neu-Delhi sind ausgedehnte Brände ausgebrochen. Indische Truppen wurden zur Herstellung der Ordnung gegen die mit modernen Waffen ausgerüsteten Demonstranten eingesetzt. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird in mohamedanischen Kreisen auf 10.000 angesetzt. Der indische Premierminister Pandit Nehru warnte vor Hungersnot und Elend als Folge der gegenwärtig im Dominion Indien herrschenden Unruhen und gab gleichzeitig bekannt, daß gegen die Verantwortlichen unbarmerzig vorgegangen würde.

Freiheit der Pressekritik

Coburg. Auf der internationalen Pressetagung erklärte der Herausgeber der „Washington-Post“, Eugen Meyer, daß er es gerne sehen würde, wenn sich in der deutschen Presse die Eigenschaften eines gesunden Skeptizismus gegenüber jeder Autorität besser entwickelten. „Sie müssen Ihre Freiheit dazu gebrauchen, Zustände zu kritisieren, wenn sie nach sorgfältiger Ueberwachung der Tatsachen überzeugt sind, daß Kritik notwendig ist. Sie wissen viel besser als ich, daß deutsche Beamte und Bürokraten nicht gewohnt sind, der Kritik der Öffentlichkeit ausgesetzt zu sein. Durch zu lange Zeit sind sie über jede Kritik erhaben gewesen, und ebenso ist ihr eigenes Volk nicht gewohnt, die Regierung

zu kritisieren, ist aber auch nicht gewohnt, Kritik von anderer Seite anzunehmen.“ Der deutsche Verleger Felder sprach sich für ein gutes Verhältnis der unabhängigen Presse zu den Journalisten der Parteipresse aus.

Von Interesse waren die Ausführungen des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft der Verlegerverbände der US-Zone, Joh. F. Naumann, der in einem Referat betonte, daß alle Lizenzinhaber den Tag begrüßen würden, an dem die Parteipresse genehmigt werde. Naumann nahm auch gegen die Gerichte Stellung, denen zufolge die Lizenzinhaber der überparteilichen Zeitungen Millionen Gewinne einstrichen.

Carlebach bei General Clay

Frankfurt. Der bisherige Lizenzträger Emil Carlebach wurde von General Clay zu einer Unterredung über die Entziehung seiner Lizenz empfangen. General Clay habe ihm zugestanden, erklärte Carlebach, daß die gegen seine Tätigkeit als Lizenzträger ausgesprochenen Beschuldigungen unfair seien.

Nationale Repräsentation gefordert

Berlin. Auf der Jahrestagung der CDU der Sowjetzone wurde Jakob Kaiser wieder zum ersten Vorsitzenden gewählt. Dr. Friedensburg erklärte während der Tagung, Deutschland dürfe sich nicht „aus Sorge vor dem östlichen Kollektivismus den westlichen Besatzungsmächten verschreiben“. Kaiser beantragte erneut die Schaffung einer nationalen Repräsentation, wobei auf 1 Million Deutscher ein Vertreter kommen solle, die an den Verhandlungen über Deutschland im Oktober in London gehört werden solle. Der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen forderte eine nationale Zentralverwaltung.

Unternehmer droht mit Panzern

Oberhausen. Den Höhepunkt reaktionärer Herausforderung leistete sich die Betriebsleitung der Firma Jakobs u. Co., welche wiederholt den Abschluß einer Betriebsvereinbarung ablehnte. Die Belegschaft war daraufhin in den Streik getreten. Als Antwort drohte der Unternehmer mit dem Einsatz englischer Panzer und Maschinengewehre gegen die um ihr demokratisches Recht kämpfende Arbeiterschaft.

Zur Hundertjahrfeier

des Kongresses der entschiedenen Verfassungsfreunde Badens in Offenburg am 12. September 1847

bringen wir heute als Sonderbeilage „Badisches Journal 1847“

mit einem unbekanntem Original-Kongreßbericht der die Reden von

Dr. Friedrich Hecker und Gustav von Struve,

enthält, sowie Nachrichten der Zeit.

Lex Ende

Die Bauern

Die Magenfrage, im Volksmunde lutherisch die „Fresserei“ genannt, nimmt in Denken unseres Volkes den ersten Platz ein. Gleich dahinter kommt die „Bauernfrage“. Einfacher gesagt, man schimpft auf den Bauern, soweit die deutsche Zunge reicht, beziehungsweise der deutsche Magen leer ist.

Der erste Vorwurf ist, daß der Bauer sich täglich sattsesse, während die Städter hungern. Eine alte „Bauernregel“ besagt: „Nur ein schlechter Bauer verhungert.“ Wir kennen auch keinen städtischen Schrebergärtner, der in diesen Wochen ohne Gemüse wäre, was gartenlose Nachbarn mit Betrübnis für sich, wenn sie sehr hungrig sind, wohl auch mit Zorn auf den „Stadtbauern“ feststellen. Da es unter Bauern auf dem Lande reiche, weniger reiche und arme gibt, so gibt es auch unter ihnen satte, weniger satte und tatsächlich hungrige. Wer schon einmal mit einer Bauernfamilie an einem Tisch gegessen hat, der hat es sich abgewöhnt, von „den“ satten Bauern zu sprechen. Im übrigen: Wem wäre geholfen, wenn unsere Lebensmittelproduzenten verhungern würden?

Der zweite Vorwurf ist, daß „alle“ Bauern Schwarzhändler und Schieber seien. Zum Schwarzhandel aber gehören bekanntlich zwei: Verkäufer und Käufer. Sonst wäre er ja schon längst tot. Die Käufer aber kommen vorwiegend aus der Stadt. Ihre Zahl ist weit größer als die der Verkäufer. Ein Bürgermeister erzählte uns kürzlich, daß in seiner Gemeinde mit 36 Bauernfamilien an einem Sonntag 165 „Kaufstübe“ — darunter motorisierte — die Höfe abklapperten. (Drei notorische Schieber wurden gleich „dienstverpflichtet“, da man für die Säuberung des Dorfteiches gerade einige wohlgenährte Arbeitskräfte benötigte.)

Es liegt in der heutigen Situation begründet, daß die Bauern bei dem Mangel an Industriewaren und dem verhältnismäßig geringen legalen Erlös für ihre abgelieferten Produkte die ihnen gebotenen Tauschgelegenheiten wahrnehmen. Wer aber ist in puncto Schwarzer Markt ohne Fehl, daß er den ersten Stein auf sie werfen darf? Nur die Allerärmsten, die nichts zu tauschen hätten als ihren nackten Hunger! Statt sich heuchlerisch zu entrüsten, täte man besser daran, sich an der Bekämpfung des Schwarzen Marktes zu beteiligen, wie z. B. jetzt bei dem Ankauf der freien Spitzen durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Sowjetzone mit Einschaltung der Gewerkschaften als Zubringer für Betriebsküchen, Krankenhäuser usw.

Vom Bauern „verlangt“ man, daß er uns ernährt. Der Bauer hat aber das Recht, zu „verlangen“, daß die Stadt ihm billige, seinen Preisen halbwegs angepaßte Industrieprodukte liefert, die er für seine Wirtschaft braucht. Wie diesem berechtigten Verlangen besser als bisher Rechnung getragen werden kann, darüber sollte man sich unterhalten, statt auf die Bauern zu schimpfen.

Der dritte Vorwurf ist, daß „alle“ Bauern egoistisch seien und ihnen das Gefühl der Solidarität fehle. Dieses auch in der Arbeiterschaft weit verbreitete Gerede ist in seiner Verallgemeinerung genau so falsch wie das von der „Faulheit der Arbeiter“, das man hier und dort in Dörfern hören kann. Der Bauer ist — das muß man sich ein für allemal fest einprägen — zwar dem Arbeiter verwandt, weil auch er schwere körperliche Arbeit verrichten muß, doch ist er im Gegensatz zum Industrieproletarier Eigentümer, Besitzer, Kleinkapitalist. (Das letztere, soweit sein Hof in bescheidenen Grenzen bleibt.) Er muß daher nicht nur, wie der Arbeiter, auf die Erneuerung seiner Arbeitskraft bedacht sein, sondern auch auf die Erhaltung seiner nach kapitalistischen Gesetzen sich regulierenden Wirtschaft. Daher entwickelt er ganz natürlich die Eigentümlichkeiten aller derer, die irdische Produktionsgüter besitzen.

In einem serbischen Volkslied ist das Gemeinsame und das Trennende zwischen Arbeitern und Bauern wie folgt ausgedrückt: „Sind auch schwarz des Bauern Hände, Weißbrot ist er bis ans Ende.“ Fügen wir schnell hinzu, daß auch für unsere werktätigen Bauern heute das Weißbrot nicht alltäglich ist. Ja, diese merkwürdigen Kapitalisten besitzen bis zur Ernte oft monatelang nicht einmal einen Pfennig neu verdienten Geldes und manchmal muß man ihnen, den Selbstversorgern, wenn sie ihr Soll für die Allgemeinheit abgeliefert haben, Lebensmittelkarten geben. So tief ist der Ruin, den der Hitlerkrieg hinterlassen hat.

Nun besteht die Solidarität, wie jeder Sozialist weiß nicht darin, daß ein Reicher von seinem Reichtum leicht Entbehrliches

abgibt (weshalb z. B. der Marshallplan mit Solidarität nichts zu tun hat). Sie ist die den Besitzlosen eigentümliche Form gegenseitiger Hilfe, sei es durch Gaben, die man sich selbst vom Munde abspart, oder durch Taten (z. B. Sympathiestreiks, die einen selbst geldlich, manchmal sogar politisch „schädigen“). Darin liegt die hohe sittliche Kraft der proletarischen Solidarität. Der heute hungernde Arbeiter kann sie nur bedingt vom Bauern erwarten. Dieser kann aus seiner Haut nicht heraus. Er hat seinen eigenen sozialen Charakter. Dennoch gibt es gerade heute lebende Bauern, die kleinen Leuten wie ihresgleichen mehr zugetan sind und diesen lieber etwas verkaufen (sei es auch zu erhöhten Preisen) als Schiebern.

Statt törichterweise vom Bauern zu erwarten, daß er sich wie ein städtischer Arbeiter verhalte, sollte man die Besonderheit seiner gesellschaftlichen Existenzbedingung mehr als bisher studieren und besser erkennen. Statt hinter seinem Rücken auf ihn zu schimpfen, sollte man mit ihm menschlich und politisch richtig sprechen, sollte man sich die Mühe machen, sein Verständnis für das Zusammengehen mit der Arbeiterschaft zur Abwehr reaktionärer Anschläge und für die Vollendung unseres demokratischen Neuaufbaus zu wecken.

Dokumente über die Paulskirche

Frankfurt. Der Paulskirchen-Ausschuß, der mit der Vorbereitung der Jahrhundertfeier zum 18. Mai 1948 beschäftigt ist, bittet um käufliche oder leihweise Ueberlassung von Aufzeichnungen, Büchern, Bildern, persönlichen Erinnerungen aus Familienbesitz über die Paulskirche an: Paulskirchenbüro Frankfurt a. M., Stadtkanzlei, Lindenstraße 17.

Entnazifizierungskrise in Bayern

München. 72 Münchner Spruchkammervorsitzenden und öffentlichen Kläger haben ihre Ämter zur Verfügung gestellt.

Zur Begründung gaben sie an, daß bei der derzeitigen Lage eine gründliche Beseitigung der durch „unsachliche Kritiken, bürokratischen Unzulänglichkeiten, die Verfolgung eigensüchtiger Parteinteressen und schlechten Willen seitens gewisser Kreise“ herbeigeführte Kompromittierung des Gedankens der politischen Befreiung und der mit dieser Aufgabe betrauten Spruchkammerorgane kaum zu erwarten sei. Sie lehnen damit die weitere Verantwortung für eine Entwicklung ab, die durch das Fehlen qualitativer Personalpolitik bei der Besetzung der Kammer einerseits und andererseits durch mangelnden Rechtsschutz und Ehrenschutz, sowie durch Anwendung einer hoffnungslosen Instanzenmaschinerie, die lebendige Zweckbestimmung des Befreiungsgesetzes einzuschälfern und damit überhaupt in Frage zu stellen droht.

Photos als Beweismaterial

Bremen. Sämtliche Negative der Bremer Photogeschäfte beschlagnahmte die amerikanische Militärpolizei als Beweismaterial für die hier laufenden Spruchkammerverfahren. Das bisherige Ergebnis sei „überraschend gut“.

Brüning wollte in Hitler-Regierung

Berlin. Der liberal-demokratischen Zeitung „Der Morgen“ zufolge erklärte der ehemalige Reichskanzler von Papen, daß der Reichskanzler von Brüning im Januar 1933 bereit war, in eine Hitler-Regierung als Minister einzutreten. Von Papen gibt an, daß Brüning ihm diese Mitteilung durch Vermittlung von Dr. Fritz Schaeffer der bayerischen Volkspartei gemacht hat.

Großagrarier-Politik

Ein Mißtrauensantrag der hessischen SPD-Fraktion im Länderrat gegen den Direktor der Hauptverwaltung für Ernährung im Wirtschaftsrat, Schlange-Schönningen, wurde durch die Vertreter Bayerns und Württemberg-Badens abgelehnt. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß der überparteiliche bayerische Bauernverband unter seinem Vorsitzenden Dr. Schlögl vor kurzem wieder einen sehr energischen Protest gegen Schlange-Schönningen als einem „Fachmann, der aber Dinge nicht vom Standpunkt der entscheidenden Mehrzahl der mittleren und kleineren Bauernwirtschaften, sondern nur von dem des Großgrundbesitzers“ aus betrachte, verfechtete und daß demnach die Vertreter Bayerns im Länderrat etwas ganz anderes vertreten, als die wirklichen Erzeuger der landwirtschaftlichen Güter in ihrem Land!

Großgrundbesitz muß unter Kontrolle

München. Der Direktor der amerikanischen Militärregierung, General Müller, erklärte:

Die Staatskanzlei berichtet

Nach Mitteilung der Badischen Staatskanzlei wird sie die Öffentlichkeit über den wesentlichen Inhalt ihrer wöchentlichen Beratungen kurz unterrichten.

In den ersten drei Sitzungen im Monat August wurden verabschiedet: Die Entwürfe eines Landesgesetzes über die Einrichtung eines Betriebsvereinigungen der südwestdeutschen Eisenbahnen, eines Landesgesetzes über das Feuerlöschwesen, eines Landesgesetzes auf dem Gebiet des Landpacht- und Landbewirtschaftungsrechts, und eine Novelle des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Beraten wurde ferner der Entwurf einer Verordnung über die Erhebung eines Waldbewirtschaftungsbeitrages, die Finanzierung des Wiederaufbaues von Wohnungen, dringende Ernährungs- und Verkehrsfragen, die Lage der Tabakindustrie, die Frage der Versorgungsbezüge der Beamten und die Beantragung einer förmlichen Anfrage im Badischen Landtag über die Interessen der Fliegergeschädigten.

Ueber 16 Millionen Dollar Exportaufträge

Leipzig. Nach dem Abschlußbericht des Messeamtes beläuft sich der Wert der erteilten Exportaufträge auf 16,06 Millionen Dollar. Von dieser Summe entfallen rund 11,8 Mill. auf Aussteller aus der Sowjetzone und 4,3 Mill. auf Unternehmen der westlichen Besatzungszonen. Die Niederlande gaben Aufträge in Höhe von 5,31 Mill., Großbritannien 4,7 Mill., Dänemark, Finnland, Schweiz und Schweden jeweils zwischen einer halben und dreiviertel Millionen Dollar.

Die ausländischen Einkäufer interessierten sich am stärksten für Textilierzeugnisse, wofür Aufträge in Höhe von 4,3 Mill. Dollar erteilt wurden. Ferner kaufte das Ausland Glas, Porzellan- und Steingutwaren für fast 1,5 Mill. und Hausrat und Metallwaren für 1,4 Mill. Dollar ein. Papierwaren, Büromaterialien, Pharmazeutika, kosmetische Erzeugnisse und Musikinstrumente bildeten weitere wichtige Posten im Exportgeschäft.

Die Messe hatte über 142 000 geschäftliche Besucher zu verzeichnen. Etwa 1700 kamen aus der französischen Zone. Das Ausland war durch 2647 Besucher vertreten. Von den 4319 Ausstellern waren nach dem Abschlußbericht 3015 in der Sowjetzone oder dem sowjetischen Sektor Berlins ansäßig. Die US-Zone war durch 700 Aussteller, die britische durch 478 und die französische durch 128 Firmen vertreten.

Aufgelöste DAF-Gesellschaften

Berlin. Nach der Auflösung der deutschen Arbeitsfront hat der Kontrollrat mit Gesetz Nr. 57 die Liquidierung folgender der DAF angeschlossener Versicherungsgesellschaften beschlossen:

Deutscher Ring-Krankenversicherung A.G. Hamburg, Deutscher Ring-Lebensversicherung A.G. Hamburg, Deutscher Ring-Transport- und Fahrzeugversicherung A.G. Hamburg, Deutsche Sachversicherung A.G. Hamburg, Volksfürsorge-Lebensversicherung A.G. Hamburg, Gisela-Lebens- und Aussteuerversicherung A.G. München, und Ceres-Hagelversicherung A.G. Berlin.

Die Zonenbefehlshaber können die Schaffung von Organisationen demokratischen Charakters in ihrem Zonengebiet zur Uebernahme des Vermögens und der Verbindlichkeiten der aufgelösten Gesellschaften genehmigen. Die Verbindlichkeiten werden auf die einzelnen Zonen aufgeteilt, wobei der Wohnsitz des Versicherungsnehmers oder des Berechtigten zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes maßgebend ist. Hat der Berechtigte seinen Wohnsitz im Ausland, dann ist diejenige Zone zuständig, in der die Hauptniederlassung der aufgelösten Gesellschaft zum Zeitpunkt des Erlasses des Gesetzes war.

Interzonaler Zusammenschluß gefordert

Karlsruhe. Auf der Landestagung der württemberg-badischen Angestelltenorganisation wurde eine Entschließung gefaßt, welche die Notwendigkeit der Angestelltenorganisationen innerhalb des Gewerkschaftsbundes betont und den interzonalen Zusammenschluß der Angestelltenorganisationen fordert.

Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des württemberg-badischen Wirtschaftsministers, wonach für die Industrie ein ähnliches Ablieferungsoll erforderlich sei, wie für die Landwirtschaft.

Kommunisten bei General Clay

Stuttgart. Der amerikanische Militärgouverneur Clay empfing die Vorsitzenden der Landesverbände der Kommunistischen Partei in der amerikanischen Zone. In der Aussprache wurden eine Reihe von der Partei betreffenden Fragen in der US-Zone behandelt. General Clay gab die Erklärung ab, daß die KPD nach wie vor im Rahmen der für alle Parteien geltenden Richtlinien in der US-Zone betätigt könne. Eine Überprüfung einzelner von den KPD-Vertretern angestellter Fragen sagte General Clay zu.

KP fordert 40-Stundenwoche

Koblenz. Auf Grund des durch die Ernährung bedingten Kräfteschwundes der arbeitenden Bevölkerung hat die Landtagsfraktion der KP dem Präsidenten des Landtags für Rheinland-Pfalz einen Antrag unterbreitet, in dem die sofortige Einführung der 40-Stundenwoche gefordert wird.

Zweizonen-Sekretariat der Gewerkschaften

Frankfurt a. M. Nach der Errichtung der Bizonenverwaltung wird in Frankfurt ein Zweizonensekretariat für die Gewerkschaften der US- und der englischen Zone errichtet, um die Notwendigkeiten der Gewerkschaftsarbeit in den beiden Zonen koordinieren zu können.

Die Reaktion versucht mit allen Mitteln, die Schlagkraft der in einer einheitlichen deutschen Gewerkschaftsorganisation zusammengefaßten Werktätigen zu schwächen, weil sie den bestimmenden Einfluß der fortschrittlichen Kräfte in einer deutschen Gesamtwirtschaft fürchtet. Die Bildung des Zweizonensekretariats kann ein erster entscheidender Schritt zur Spaltung der deutschen Gewerkschaften werden, wenn die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht durch erhöhte Wachsamkeit und Festhalten an der Einheitsforderung den Bestrebungen der Reaktion und der opportunistischen Haltung einzelner Gewerkschaftsfunktionäre entschieden entgegentritt.

Die Exodus-Tragödie

München. Der Präsident des jüdischen Zentralkomitees der US-Zone protestierte bei der britischen Regierung „gegen die brutale und unmenschliche Behandlung“ der jüdischen Emigranten. Die Behandlung dieser Menschen, deren einziges Verbrechen es sei, heimkehren zu wollen, übertreffe die Barbarei des Mittelalters und könne nur mit den Grausamkeiten der Hitlerzeit verglichen werden.

Kleine Zeitung - Neuigkeiten des Tages

SAARBRÜCKEN. In Saarbrücken sowie in zahlreichen anderen Gewerkschaftsversammlungen im Saargebiet trat klar hervor, daß das Ziel der Werktätigen auch im Saargebiet die Gewerkschaftseinheit ist. Gegen die Gründung und Abspaltung der Gewerkschaft christlicher Saarbergleute erhob sich überall Protest.

NÜRNBERG. Neun große weitere Prozesse, u. a. gegen die hohen Funktionäre des ehemaligen deutschen Außenministeriums der Reichskanzlei, die Hermann Göring-Werke und SS-Vernichtungseinheiten, werden vor Jahresabschluss anlaufen.

NÜRNBERG. Die Spruchkammer Nürnberg verurteilte die ehemalige rechte Hand der Judenhetzer u. Kriegsverbrecher Strelcher, den Reichstagsabgeordneten der NSDAP Georg Badel, zu neun Jahren Arbeitslager.

MÜNCHEN. Der bayerische Gewerkschaftsbund spendete für die Betroffenen eines Grubenunglücks der William-Pitt-Werke in England durch das britische Generalkonsulat 10 000 Mark.

HANNOVER. Wegen fristloser Entlassung ihres Betriebsratsvorsitzenden auf Grund von Meinungsverschiedenheiten mit dem unsozialen Betriebsleiter, streikten die Arbeiter und Angestellten der Schmidding-Werke in Hannover.

KASSEL. Die Kontrolle einer Molkerei im Kreis Ziegenhain ergab einen Fehlbestand von 5000 Kilogramm Butter. Der Leiter der Molkerei hat nach den bisherigen Feststellungen mit diesem Quantum, das der Monstration von 33 000 Normalverbrauchern entspricht, Kompensationsgeschäfte abgeschlossen.

Wiesbaden. Den 4500 heimatlosen Exodus-Flüchtlingen in Deutschland ein Heim zu schaffen, forderte der „Wiesbadener Kurier“ und erklärte sich bereit, 25 000 Mark beizusteuern, wenn ein Land, einige Städte und Dörfer sich bereit finden, diesen Opfern des Rassewahns ein Heim zu geben. Wir haben darauf gewartet, daß eine deutsche Stimme sich erheben möchte. Deutschland hat geschwiegen. Deutschland redet viel von der heiligen Pflicht der Wiedergutmachung an Millionen Gemordeten. Hier hätte man wiedergutmachen können. Es müßte trotz der überfüllten deutschen Länder, trotz Deutschlands Armut und der ungewissen Zukunft für mehr als 60 Millionen Menschen möglich sein, 4500 Heimatlose freiwillig aufzunehmen.

Hamburger Münze prägt Scheidemünzen

Hamburg. Die Hamburger „Münze“ beginnt in etwa vier Wochen im beschränkten Maße wieder mit der Prägung von Fünfzigpfennigstücken. Die neuen Fünfzigpfennigstücke werden nach Muster von 1935 geprägt werden, und als Prägbild den deutschen Adler mit Jahreszahl tragen. Außerdem ist die Prägung von zwei Millionen Zehn- und Fünfzigpfennigstücken geplant. Damit nimmt wieder eine weitere deutsche Münzstätte ihre Tätigkeit auf.

Europäische Messe eröffnet

Strasbourg (Südena-AFP). Der Minister für industrielle Produktion, Robert Lacoche, eröffnete mit einer Rede die europäische Messe in Strasbourg, die nach neunjähriger Unterbrechung zum ersten Male wieder stattfindet.

DRESDEN. Das Ministerium für Wirtschaft und Wirtschaftsplanung Sachsen hat das sofortige Verbot aller Kompensationsgeschäfte für Sachsen erlassen.

ZWICKAU. Alle Abgeordneten des Kreistages Zwickau beteiligen sich an der Ernährungs- und Ernährungsaktion.

GÖRLITZ. Die „Bühne der Jugend“ schließt an ihre Aufführungen Diskussionen zwischen Darstellern und Publikum an.

BERLIN. Die unter britischer Kontrolle stehenden deutschen Minenräumverbände sollen bis zum Ende des Jahres aufgelöst werden.

VENEDIG. Der DEFA-Film „Die Mörder sind unter uns“, errang auf der Internationalen Film-ausstellung „Biennale“ als erster deutscher Film auf einer ausländischen Ausstellung nach dem 2. Weltkrieg einen beachtlichen Erfolg.

STOCKHOLM. Das schwedische demokratische Hilfskomitee für Deutschland stellte zur Verteilung an Heimkehrer 15 000 Zigaretten zur Verfügung.

PHILADELPHIA. Der Internationale Frauenrat, der alle drei Jahre zusammentritt, eröffnete seine erste Nachkriegstagung.

OTTAWA. Infolge der schlechten Ernte müssen die kanadischen Getreidelieferungen nach Europa um 50 Prozent gekürzt werden.

RIO DE JANEIRO. Der brasilianische Staatspräsident erklärte, US-Pressereportern, Brasilien befinde sich im Prozeß der „Auslöschung des Kommunismus“. Die brasilianische Wirtschaft werde in den nächsten Jahren von den US abhängen.

UNSER TAG

VOLKSZEITUNG FÜR BADEN

Unter die Lupe

nimmt das NEUE BADEN (Nr. 37) die „Werbung statt Dienstverpflichtung“ in der Ostzone, die nur eine „getarnte Zwangsarbeit“ sei.

In diesen Ausführungen stimmt das Blatt mit voller Kraft in die Haßgesänge über die Ostzone ein und vergißt dabei sogar den Schein der Sachlichkeit zu wahren. Nach dem Motto „den Beweis mit dem Beweis zu beweisen, womit alles bewiesen ist“, scheint hier die Sache erledigt. Für den objektiven Leser jedoch keinesfalls. Wenn er liest, daß man vom Verfahren der Einweisung zu dem der Werbung übergegangen ist, so muß er sich sagen, daß man sich in der Ostzone nicht mehr zu stützen braucht auf das vom Kontrollrat bestätigte Gesetz über Arbeitsverpflichtung, das für alle Zonen gilt, wovon die Ruhrkumpeln ein Lied singen können. Auch jedes badische Arbeitsamt kann Auskunft geben über die große Anzahl der Arbeitsverpflichtungen in unserem Land.

Aber warum „Werbung statt Einweisung“ in der Ostzone? Durch die Blockierung der Vermögen ist dort mancher auf seiner Hände Arbeit angewiesen, der das bisher ablehnte. Gewiß, das ärgert den Artikelschreiber, daß dort auch Leute seines Schlages vielleicht schippen müssen, um zu leben. Wenn der Mann von der Lupe sagt: „Bedarf es noch großer Erörterungen, von wo aus wir eine Neuordnung unseres Lebens zu erwarten haben?“, so antworten wir: auf keinen Fall von der Seite, die in altbewährter Weise fortfährt, die Tatsachen zu verdrehen, zu verleumdern und zu hetzen! Auch nicht von denen, die Angst haben, ihre Privilegien zu verlieren und für die Neuordnung selbst einmal die Schippe in die Hand nehmen zu müssen. Nein, das wollen Sie nicht und rufen nach dem Marshallplan der Monopolkapitalisten, der ihre eigenen Vorrechte und Profite zwar schmälert, aber aufrechterhält.

Man spricht von der „Freiheit des Individuum“ aber man meint die Profite. Ist das durch Lupe nicht zu erkennen? M.

Eine vorsichtige Firma

Radolfzell. Die Firma Gotthard Allweiler Pumpenfabrik A.G. war bekannt durch ihre ausgesprochen reaktionäre Betriebsführung. Man kann berechnete Zweifel haben, ob sich das nach dem Ausscheiden des früheren Generaldirektors Max Wolf geändert hat. Der Betriebsleitung liegt eine Betriebsvereinbarung vor, die sie aber nicht unterzeichnen will, bevor nicht andere Unternehmen ihre Betriebsvereinbarungen unter Dach und Fach gebracht haben! Man schiebt die Sache auf die lange Bank und sabotiert damit die Rechte der Arbeiterklasse. Die Reaktion weiß genau, was sie tut. Die demokratische Aktion wird die weitere Entwicklung der Dinge bei der Firma Allweiler mit wachsamem Interesse verfolgen.

Frankfurt. Das für Schuhreparaturen zur Verfügung stehende Material ist auch in der Bizone so knapp, daß von den in der Zone wohnenden rund 40 Millionen Menschen nur etwa 8 Millionen in diesem Winter mit Schuhreparaturarbeiten versorgt werden können.

Oefflingen-Brennet. In der Buntweberei Brennet brachen eine 21jährige Arbeiterin und ein 45jähriger Arbeiter auf Grund totaler Erschöpfung im Betrieb zusammen. Sie mußten sofort in den Sanitätsraum gebracht werden. Die arbeitende Bevölkerung ist am Ende ihrer Kräfte angelangt!

Flüchtlinge und verschleppte Personen in der französischen Besatzungszone

Baden-Baden. Die IRO-Internationale Flüchtlings-Organisation, welche an Stelle der UNRRA und des „Intergovernmental Committee on Refugees“ (IRO) trat, wurde von der Organisation der Vereinten Nationen mit der Fürsorge für die Flüchtlinge und Verschleppten Personen beauftragt. Der wichtigste Auftrag der IRO ist folgender: Die Rückführung der Verschleppten Personen und Flüchtlinge in ihre Heimat. Ihre Wiederansiedlung in einem Aufnahmeland, wenn sie einen ausreichenden Grund haben, nicht mehr in ihre Heimat zurückzukehren. Für die Zeit der Erwartung ihrer Rückführung oder ihrer Wiederansiedlung, ihr materieller und sozialer Schutz zu sein. Die momentane finanzielle Lage der IRO erlaubt es nicht alle Kategorien von Flüchtlingen und Verschleppten Personen in ihre Obhut zu nehmen. Aus diesem Grunde findet eine Nachprüfung in den Ländern statt, wo sich Flüchtlinge und Verschleppte Personen befinden, um jene unter ihnen zu bestimmen, die im Rahmen der Verfassung der IRO die erforderlichen Bedingungen erfüllen, um die obenangeführte Hilfe und Unterstützung zu erhalten. Diese Nachprüfung wird im September 1947 in der französischen Besatzungszone beginnen, unter Verantwortung der Beamten der Direktion der IRO dieser Zone und unter Mitwirkung des Militär-Gouvernements (Direction des Personnes Déplacées). Diese Nachprüfung wird auf der Familienbasis (d. h. Fragebogen pro Familie) durchgeführt werden. Sobald die Druckschriften fertiggestellt sind, wird jeder Flüchtling, Familienoberhaupt oder Einzelstehender, ein Gesuch um Unterstützung durch die IRO ausfüllen, in Anwesenheit eines Beamten dieser Organisation. Jeder Flüchtling oder Verschleppte Person kann der Zukunft mit Ruhe und Vertrauen entgegensehen. Die IRO wird mit ihrer ganzen Macht alle diejenigen unterstützen, welche sich bemühen, ein normales Leben wiederzufinden. Die Lösung ihrer Zukunft wird in dem Maße beschleunigt werden je größer die Anstrengungen sind, die sie ihrerseits machen werden.

A. POIGNANT, Direktor der vorbereitenden Kommission der IRO für die französische Besatzungszone Deutschlands.

UNSER TAG

Volkszeitung für Baden - Organ der KP
Chefredakteur Dr. Karl Bittel
Redaktion: (17b) Offenburg, Metzgerstr. 1
Tel. 1374 Telegramm-Adresse: Neutag Offenburg.
Verlag: Südwest-Verlag GmbH, (17b) Offenburg,
Hauptstr. 115, Postfach 481, Fernruf 2207. Erscheint
mittwochs u. freitags. Bezugspreis monatlich 1,50 Mk.
einschl. Trägerlohn, b. Postbezug zuzügl. Bestellgeld
Druck: Buchdruckerei A. Reiff & Cie. Offenburg